

Newsletter „Verein Nein zu Straßenausbaubeiträgen“ September 2025

Wie einige von euch bestimmt mitbekommen haben, fand am 03.09.2025 in Mainz eine Tagung des Innenausschusses statt. Diese Sitzung war öffentlich, daher konnten einige unserer Mitstreiter die Anhörung verfolgen. Wir möchten die Redner vorstellen und eine kleine Zusammenfassung mit euch teilen.

Dr. Gerd Thielmann
Gemeinde- und Städtebund RLP

Manuel Follmann
Bürgermeister Verbandsgemeinde Wittlich-Land

Rechtsanwalt Franz Obst
Deutscher Mieterbund, Landesverband RLP

René Quante
Geschäftsführer Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz e.V.

Dirk Meid
Oberbürgermeister der Stadt Mayen

Günter Beck
Bürgermeister der Stadt Mainz

Dr. Dietrich Rühle
Mieterbund Mittelrhein

Die Anhörung diente dazu sich verschiedene Meinungen zum Thema Straßenausbaubeiträge anzuhören.

Hintergrund ist der **Gesetzesentwurf**, den die **CDU** Mitte des Jahres eingebracht hatte.

Einige der Redner haben dazu eine Stellungnahme verfasst. Diese könnt ihr auf der **Homepage** unseres Vereins lesen. Es lohnt sich einen Blick hineinzuworfen und sich die unterschiedlichen Standpunkte anzuschauen.

Für alle, die es lieber kurz und knapp möchten, haben wir auf der nächsten Seite eine Zusammenfassung unserer Mitglieder, welche die Anhörung vor Ort verfolgt hatten.

Zuerst aber möchten wir eine weitere Ankündigung machen:

Einige von euch haben bestimmt schon unser **Video** auf der **Facebookseite** gesehen. Wir haben uns entschlossen mit diesen Kurzvideos zu informieren und erhoffen uns dadurch eine bessere Reichweite. Also teilt gerne fleißig und seid gespannt auf die nächsten Folgen.

Und seit einigen Tagen findet man uns auch auf **Instagram**. Auch dort versuchen wir mit Hilfe der kurzen Videos Reichweite zu bekommen.

Durch die **Weinrast** am 31.08.2025 haben wir gemerkt, wie sehr das Thema unter den Nägeln brennt und vor allem, wie viele Missverständnisse es dazu noch gibt. Unsere Gäste haben zT über 200 Km Weg auf sich genommen. Wir haben uns sehr gefreut so viele großartige Menschen persönlich kennenlernen zu dürfen, auch wenn die Umstände besser sein könnten. Für unser Ziel, ein **Netzwerk** und ein **Aktionsbündnis** aufzubauen, war das sehr wertvoll. Künftig werden mit den Ansprechpartnern der betroffenen Orte gemeinsame Aktionen geplant und durchgeführt.

Außerdem stehen aktuell Gespräche mit **Herrn Blaschke** an. Ihr erinnert euch? Herr Blaschke ist der Vorsitzende des **VDGN (Verein deutscher Grundstücksnutzer)** und hat bereits in anderen Bundesländern bei der Abschaffung mitgewirkt. Über den Ausgang des Termins informieren wir euch im nächsten Schreiben. Ihr seid gespannt? Wir auch...



Hallo

Ich war heute in Mainz in der Innenausschusssitzung und habe mir die Stellungnahmen der 7 Sachverständigen angehört.

1. Stadtbürgermeister von Mayen: Er konnte m.E. nicht viele Fakten beitragen, weil Mayen jetzt zum ersten Mal Bescheide für WKB erstellt. Er konnte nur bestätigen, dass es ein extrem hoher Verwaltungsaufwand ist.
2. Stadtbürgermeister von Mainz (Bündnis 90/Grüne): Plädiert ohne sinnvolle Argumentation für die Beibehaltung der WKB.
3. Deutscher Mieterbund, RA Herr Obst: Er plädiert auf jeden Fall für die Abschaffung der WKB da sonst die Beiträge in welcher Weise auch immer auf die Mieter später umgelegt werden. Insgesamt hält er die Beiträge aber auch für ungerecht.
4. Bürgermeister der VG Wittlich-Land: Er plädierte auch für die Abschaffung der WKB da die Erstellung der Bescheide, Mahnverfahren, Gerichtsverfahren etc. ein viel zu großer Verwaltungsaufwand darstellt. Er argumentierte auch, dass man den Bürgern die uneinheitliche Vorgehensweise bei der Erstellung der Satzungen und der Berechnungen nicht vermitteln kann.
5. Bund der Steuerzahler, Herr Quante: Er hielt ein sehr ausführliches Plädoyer mit sehr vielen Fakten und Zahlen und ist der Meinung, dass die Beiträge wie in allen anderen Bundesländern abgeschafft gehören.
6. Dr. Rühle, Mieterbund Mittelrhein: Er hatte eher eine schwache Argumentation, plädiert aber auch für die Abschaffung der Beiträge da er Angst hat, dass die WKB den Mietern als Nebenkosten per Gesetzänderung in Zukunft auferlegt werden könnten.
7. Dr. Gerd Thielmann, Gemeinde und Städtebund RLP: Er plädiert wie nicht anders zu erwarten für den Erhalt der WKB weil er ansonsten nicht weiß wo das Geld herkommen soll und er es als ein gerechtes System erachtet. Er rechnete zudem vor, dass seiner Meinung nach das Land jedes Jahr nicht 200 Mio oder 1 Mrd. bräuchte um die Straßen zu sanieren. Dabei ging er von durchschnittlich 7m breiten Straßen aus mit beidseitigem Bürgersteig. Diese Zahl wurde aber von vielen Anwesenden als reine Panikmache abgetan.

Die Sachverständigen wurden vom Innenausschuss befragt. Dabei haben die Vertreter der CDU und AFD recht viele konkrete Fragen gestellt mit dem Sinn zu zeigen, dass die WKB abgeschafft gehören. Ein Fraktionsloser und ein Freier Wähler haben auch jeweils eine Frage gestellt.

Seitens den Abgeordneten der Ampelkoalition fiel lediglich Herr Oster von der SPD (Wahlkreis Cochem) mit unsachlichen Argumenten auf. Seitens der Grünen und der FDP gab es keinerlei Wortmeldung. Enttäuscht war ich von Herrn Wink (FDP) da ich zuvor sehr ausführlich alle Fragen von Herrn Dr. Riegler (FDP) beantwortet hatte und es seitens Herrn Wink keine einzige Wortmeldung gab.

Im Anschluss an die Sitzung habe ich mich noch länger mit Dr. Thielmann unterhalten und ihm versucht darzustellen, dass das Gesetz der WKB auf dem Land zu sehr überfordernden Zahlungen führt. Er war der Meinung, dass die Bürger eigentlich genügend Steuern zahlen, aber diese Gelder nicht in die Infrastruktur zurück fließen sondern in Radwege in Peru, in den Genderwahn und sonstigen Unsinn (Meinung Herr Thielmann).

5.3 Verfassungsrechtliches Willkürverbot

Während der Eigentumsschutz des Art. 14 GG im Abgabenrecht eher eine untergeordnete Rolle spielt, ist der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG im Sinne eines Willkürverbots von erheblicher Bedeutung. Er stellt sicher, dass öffentliche Lasten nach nachvollziehbaren Kriterien auf die Bürgerinnen und Bürger verteilt werden, Einzelne nicht mehrfach belastet oder aber aus unsachlichen Gründen von der Abgabepflicht befreit werden.

Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2025

Bitte denkt daran den Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2025 zu überweisen. Alle, die das bereits getan haben, können diesen Aufruf ignorieren. Für alle andern gilt:

Bitte überweist euren Beitrag auf folgendes Konto

Stadtsparkasse Worms-Alzey-Ried

IBAN DE69 5535 0010 0022 6931 06 BIC MALADE51WOR

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 10 Euro. Bitte gebt bei der Überweisung unter Verwendungszweck euren Namen an, so dass wir die Zahlungen zuordnen können.

Nicht jeder hat noch in Erinnerung, ob der Beitrag für 2024 schon bezahlt ist. Da noch einige Beiträge offen sind, informieren wir jene Mitglieder gesondert 😊.

Viele Grüße und einen guten Start in den Herbst wünscht euch

Euer Orga Team vom Verein „Nein zu Straßenausbaubeiträge“